Reichspost 12./IV. 1916

Für den gewerblichen Nachwuchs.

Eine Aktion der Lehrlingsfürsorgekommission.

Am 4. April fand im Sitzungssaale des Wiener Fortbildungsschulrates im Hause Mollardgasse 87 eine Plenarsitzung der Lehrlingsfürsorgekommission des Wiener Fortbildungsschulrates statt, in welcher auf Grund von Berichten des ständigen Referenten der Kommission GR. Rumelhardt zur Behebung des durch den Krieg hervorgerufenen Lehrlingsmangels in Wien eine großzügige Aktion der Lehrlingsfürsorgekommission beschlossen wurde. Die in Aussicht genommenen Maßnahmen gliedern sich in solche zur Verhinderung und Erschwerung des grundlosen Entlaufens Jugendlicher aus der Lehre, ferner in solche zur Hebung des Zuzuges Jugendlicher aus Wien und aus den deutschen Kronländern der Monarchie in das Gewerbe. In bezug auf die Berufsberatung wurde beschlossen, den Eltern Schulmündigwerdender sowohl durch die Schule als auch außerhalb derselben klar zu machen, daß nur das Ergreifen gelernter Berufe ihren Kindern von Vorteil sein kann. Es wurde darauf hingewiesen, daß es nach dem Kriege Pflicht aller sein wird, den Kriegsinvaliden zu ihren knappen Renten noch mögliche Verdienste zu geben, weshalb in den ungelernten Berufen der ungelernte Nichtkämpfer dem Invaliden wird weichen müssen, und die Gefahr besteht, daß das Heer der Ungelernten den verkümmerten und leider auch verkommenen Bodensatz der Großstadt vermehren wird. Ueber Antrag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner wurde beschlossen, die Regierung zu ersuchen, die durch den Krieg aufgetretenen Schäden im Lehrlingswesen einer entsprechenden Würdigung zu unterziehen. Um die durch das Fehlen der zur Kriegsdienstleistung eingerückten Lehrmeister aufgetretenen Mißstände in einer großen Anzahl von Lehrverhältnissen zu beheben und deren Folgen zu mildern, wurde ferner beschlossen, die Genossenschaftsvorstehungen zu ersuchen, für die Bestellung von Stellvertretern der eingerückten Lehrherren im Sinne der betreffenden Bestimmungen der Gewerbeordnung Sorge zu tragen und die Schulbehörden zu ersuchen, den Lehrwerkstättenunterricht in den gewerblichen Fortbildungsschulen für alle Klassen behufs praktischer Ausbildung der Lehrlinge in ihrem Gewerbe einzuführen und Gehilfenkurse für solche Gehilfen zu errichten, deren gewerbliche Ausbildung während der Lehrzeit infolge der Kriegsereignisse nicht vollkommen durchgeführt werden konnte. Da vom Bürgermeister der Stadt Wien bereits eine Reihe von Verfügungen im Wirkungskreise des Magistrates und der Gemeinde Wien getroffen wurde, welche es den ärmeren und unbemittelten Eltern ermöglichen, ihre Kinder nicht von der Schule weg sogleich in die Fabrik zu schicken, sondern ihnen ein Handwerk erlernen lassen zu können, wurde dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner der Dank für seine wahrhaft väterliche Fürsorge für die Lehrlinge und damit für das gesamte Gewerbe ausgesprochen. Nach einem Berichte des GR. Breuer wurde die Ergänzung der Bezirkskomitees für Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung in den einzelnen Wiener Gemeindebezirken durch Frauen beschlossen. BV. Lorenz Müller erstattete ein Finanzreferat zur Vergrößerung des Lehrlingsfürsorgefonds, Magistratsrat Karinger ein Referat über den Protest des Vereines der Gehilfenvertreter gegen den Text der in der Lehrstellenvermittlung der Lehrlingsfürsorgekommission gebräuchlichen Anmeldescheine für Lehrherrn, und GR. Spalowsky referierte über die Hausordnung für das Kriegslehrlingsheim in der Mollardgasse. An der Debatte über die einzelnen Gegenstände der Tagesordnung beteiligten sich außer den Referenten noch Hofrat Graf Marschall, Oberinspektor Allitsch vom k. k. Arbeitsministerium, Oberinspektor Hauck, GR. Partik, Oberdirektor Schiffer und die Genossenschaftsvorsteher Bermann und Wolf.